

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

### Die Wirtschaftskrise in England.

#### Die Debatte über die „Veranschwendung“.

Eine Separation Northcliffe

Telegramm unseres Korrespondenten  
Paul Scheffer.

Brüssel, 11. Dezember.

Die Debatte im Unterhaus über „Veranschwendung“ sollte eigentlich von der Opposition ausgehen müssen. Die Initiative liegt aber in den Händen der Koalition, obgleich auch die unabhängigen Liberalen und die Arbeiter-Resolutionen eingebracht hatten. Der Vorschlag des Koalitionsberaters Lambert ist immerhin drastisch genug. Der Vorschlag der Regierung für das Budget von 1920/21 beträgt 1 Milliarde 600 Millionen Pfund. Lambert will der Regierung eine Höchstgrenze setzen mit 808 Millionen Pfund für die regulären Ausgaben. Die Zeitungen sind überflutet mit Einzelheiten aus dem Hauch der verschiedenen Ministerien. Die Flotte kämpft nun für ihre alte Lieblingstugend gegen Amerika; der Militärminister fordert eine Vermehrung um fünf neue Geschwader; die Ministerien für Unterricht und Gesundheit verlangen für ihre eigene enorme Summen; unzählige kleine Posten addieren sich. So überfordert die Regierung ein besonderes Kabinettskriterium, dessen Einführung Lloyd George ausserordentlich erlauben will, nach Unabhängiger von den Ministerien zu arbeiten als bisher. Eine Zweifel hat England nach dem Kriege in vieler Hinsicht aus dem Vollen weiter gewirtschaftet, teils um der großen Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich innerwärts und äußerwärts Englands nach dem Abbruch der Fronten und Behörden um sein Dasein kämpft und durch vermehrte Tätigkeit seine Notwendigkeit zu erweisen suchte. Innerhalb aber zeigte sich, wie auch in England die im Kriege hart mitgenommene Spartraktion sich nur sehr langsam wieder durchsetzt. Diese Umstände waren längst bekannt. Doch es geht jetzt energischer aus Sicht gezogen werden, hat aber andere Ursachen. Sie geht gegen Kusten Chamberlain, den Finanzminister im Kabinett, und wird geführt von Northcliffe. Wichtiges Angriffsziel ist die Steuer auf Lebensmittelgewinne, deren Fortführung auch im Frieden das Wert Chamberlains an seine energische Person geknüpft ist. Man hat ihn als Wächter nach Indien „fortjagen“ wollen; er hat aber abgelehnt, und jetzt ist der Sturm gegen seine ganze Finanzgebahrung da. Es liegt sich in ihm die erste Lage der englischen Industrie wider, die diese Steuer hauptsächlich aufzwingt. Gegenüber dem

armen Kontinent, der, wie Lloyd George vor dem englischen Industriellenbund kürzlich in einer Art Beschuldigungsskizze sagte, „begierig vor dem englischen Ladenfenster steht, aber mit leeren Taschen“, ist England ebenso um seine Abkämpfmöglichkeiten wie um seine Konkurrenzfähigkeit besorgt, und alles weist darauf hin, daß das englische Wirtschaftsleben in eine schwere Krise eingetreten ist. Der Kampf um die Beschneidung der Staatsausgaben ist der Kampf für die Sicherung der Betriebmittel der Industrie und des Gewerbes überhaupt, die jetzt in Steuern drausgehren.

Es handelt sich um eine großangelegte Aktion der Verbände gegen die Regierung — und das Unterhaus, dies gelagerte Unterhaus, demonstriert unter diesem Druck seiner Wähler gegen sich selbst! Feindlich berührt ist die unabhängige liberale Partei, die bisher Sparmaßnahme als ihre Domäne in Anspruch nahm, und die Arbeiterpartei, die mehr auf hohe Steuern als auf Einschränkung den Ton gelegt hatte. Kein Zweifel, daß der Feldzug, den die mächtigsten Gruppen des industriellen England zusammen mit Northcliffe eingeleitet haben, international Bedeutung hat. Die „Times“, denen England früher nie groß genug sein konnte, verlangen nun ein schnelles Ende aller kostspieligen Expeditionen, wie in Persien und Mesopotamien, ja die Räumung jener Gebiete. Es ist eine Agitation großen Stils dafür, daß die wirtschaftlichen Gesichtspunkte vor den politischen aller Art den Vorrang haben sollen, ein Bekenntnis zu der Meinung, die die Franzosen England mit wachsender Härte vorwerfen. Nord Northcliffe hat wenigstens einen Vorzug: er beurteilt die Richtung, in der sich die öffentliche Meinung und der Schwerpunkt ihres Interesses bewegt, zu allererst richtig; er greift nun zum erstenmal seit 1916 mit vollem Einsatz in die englische Politik ein — gegen die Politik, für die Wirtschaftler. Gegen Lloyd George selbst geht es zwar nicht (vielleicht muß man sagen: noch nicht), aber wohl gegen das Unterhaus und den Geist in den Ministerien, von dem das englische Wirtschaftsleben sich bedroht fühlt. Das Unterhaus erkennt die Gefahr, wünscht ihr zuvorzukommen, und es hat sich das unerschütterliche Schicksal ergeben, daß der Antrag gestellt wurde, Northcliffe als Mitglied des Oberhauses vor den Schranken des Unterhauses zur Rede stellen zu ziehen, weil er in der „Daily Mail“ gewisse Abgeordnete durch namenhafte Demagogie bei ihren Wählern „eingeschüchtert und bedroht“ habe. Die „Times“ bezeichnen die Presse in ihrer Antwort als „drittes Haus“, das für die Verbindung zwischen den Meinungen des Volkes und den Ministern zu sorgen habe. Northcliffe will den Kampf für die Interessen, die er jetzt in den Vordergrund gebracht hat, bis zum Tode durchsetzen.

### Ein Gentleman.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Saag, 10. Dezember.

Unter der verheißungsvollen Überschrift: „Deutsche Unverschämtheit, herausfordernde Reden und schäbische Charaktere“ veröffentlicht die „Times“ eine längere Depesche eines Berliner Exzellers. Mit einem allgemeinen Angriff auf Deutschlands heutige Haltung gegenüber der Entente leitet der Korrespondent der „Times“ einen persönlichen Angriff auf den Geschäftsmann des Berliner Tageblatts ein, der neulich auf die Tätigkeit dieses Herrn hingewiesen hat. Der Korrespondent will in letzter Zeit ein beträchtliches Steigern werden in Deutschlands Haltung gegenüber der Entente und auch gegenüber Ententeunternehmen in Deutschland“ entdeckt haben. Unter den verschiedenen Ursachen für dieses „Steigern“ sieht er „die Hoffnung, die Ausföhrung des Versailles-Friedensvertrages durch eine Mobilisierung des Völkertums in Deutschlands Interesse nicht machen zu können.“ Eine wirklich amüsante Idee! Die deutsche Presse ist in derselben Richtung mobilisiert worden. Jede vertragmäßige Handlung der Entente werde als „eine neue Niederlage“ oder als „neuer Entschwidindal“ hingestellt. Das deutsche Publikum werde durch die alten Propagandamethoden sorgfältig geleitet. Von einer Herzensänderung liege nirgendwo eine Spur. Aber all diese Klagen, die der „Times“-Korrespondent vorbringt, bilden nur die Einleitung zur Hauptsache. Der Berichtsteller des deutschfeindlichen englischen Blattes telegraphiert weiter: „Unter den Zeitungen, die sich für diese Propaganda hergeben, muß der erste Platz dem Berliner Tageblatt“ eingeräumt werden. Was Herr Theodor Wolff während des Krieges schrieb, wird zu den bittersten Erinnerungen derer gehören, die täglich die „Times“-Spalten mit der Lebenschrift: „Durch deutsche Augen“ lasen. Herr Wolff legt seine Bemerkungen fort und hat sich in letzter Zeit auf einen persönlichen Feldzug eingelassen, der gegen die Korrespondenten der Ententeblätter gerichtet ist. Vor einigen Tagen machte er im Berliner Tageblatt einen heftigen Angriff auf den Korrespondenten des „Daily Chronicle“ und am nächsten Tag einen ähnlichen, noch heftigeren, auf den der „Times“. In beiden Fällen, weil sie Informationen nach London weitergaben, für die sich deutsche Blätter verbürgten. Ich habe seitdem gehört, daß Herr Wolff sich widerwillig beim „Daily Chronicle“ entschuldigt (?) hat. Ob er dies auch bei der „Times“ tat (!), weiß ich nicht und will mir egal. Was an diesen Ausbrüchen für das britische Publikum schon interessant ist, ist die Tatsache, daß jede Ab schwächung des Friedensvertrages sich im offiziellen Deutschland und in seinem Publikum und seiner Presse widerpiegelt. Deutschland geht es nun wirtschaftlich recht gut, und nächstes Jahr wird es ihm noch viel besser gehen; je mehr sich jene Lage verbessert, um so mehr werden die deutschen Verpflichtungen zu wachsen, und es ist nur angebracht, daß man sich mit den Symptomen dieser Tendenz beschäftigt, wie sie auftreten.“

ten zu erfahren, welche Gefühle diese Artikel während des Krieges in dem Kreise des Northcliffe'schen Blattes erweckten. Mit dem Berliner Korrespondenten der „Times“ wollen wir uns nur kurz auseinandersetzen, da es sich um einen minderwertigen Gentleman handelt, mit dem man eine längere Unterhaltung abzuwehren muß. Es ist uns niemals eingefallen, die politischen Ansichten der in Berlin weilenden fremden Korrespondenten zu kritisieren, und obgleich gewiß vieles, was von ihnen berichtet, sich widerlegen ließe, ist uns von einem Feldzuge, den wir gegen sie geführt haben sollen, absolut nichts bekannt. Wir haben auch die sogenannten „politischen“ Depeschen des jetzigen Berliner „Times“-Korrespondenten nicht beachtet, und das um so weniger, da Nord Northcliffe statt eines politisch urteilsfähigen Mannes offenbar einen seiner unersten Reporter hierhergeschickt hat, der sich nur durch wüßes Gerede bei seinem Protogee beliebt machen möchte und von den Vorgängen und Verhältnissen in Deutschland nicht das mindeste versteht. Aber dieser Herr hat die Schamlosigkeit gehabt, die Not der deutschen Kinder und die zur Hebung dieser Kindernot eingeleitete Hilfsaktion zu verhöhnen, und er hat den Lesern der „Times“ unter anderem berichtet, diese Hilfsaktion sei nur ein weiteres Symptom für die Abicht des deutschen Volkes, außerhalb seines Landes um Hilfe zu betteln, statt sich selbst zu helfen.“ Wegen dieser Äußerungen, die sicherlich von allen anständigen Engländern genau so wie von uns mißbilligt werden haben wir den Gentleman bei den Chren genommen, und sein zorniges Klagen ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß ihm die Exekution fühlbar war.

### Französische Kritik

#### der deutschen Antwortnoten.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 11. Dezember.

Die deutschen Antwortnoten auf die letzten Noten der Entente werden bisher noch wenig kommentiert. Wo ein Urteil ausgesprochen wird, klingt es wenig höflich. Das „Journal“ nimmt den Ton der Note über die Ministerreden an. Die sozialistischen Zeitungen kritisieren dagegen heftiger die Note über die Entwaffnung. Das „Ceuvre“ sagt von der Antwort wegen der Ministerreden: „Diese Erklärung schwächt die Beschwerde der Alliierten nicht ab, sie läßt sie vielmehr noch viel berechtigter erscheinen.“

Der französische Volschaffter in Berlin Laurent und der Chef der Belastungsarmee am Rhein, General Degoutte, sind gestern von Ministerpräsidenten Lehucaus empfangen worden.

Wie wir hören, hat die amerikanische Regierung sich an dem Schritt der drei Belastungsmächte wegen der Rheinlandeisen der Minister offiziell nicht beteiligt. Eine solche Beteiligung war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Vereinigten Staaten amtlich hier nicht vertreten sind. Es hat nur eine inoffizielle Demarche stattgefunden.

### Die Verfassungslämpfe in Polen.

Ein- oder Zweikammersystem? — Vorden Neuwahlen.

Die Parteigruppen erum-en.

Von unserem Korrespondenten

Wilm Stein.

Warschau, Anfang Dezember.

Am 10. Dezember soll nach den bisherigen Dispositionen im polnischen Sejm die Abstimmung über die Paragraphen 35 und 36 der Verfassung der neuen polnischen Republik stattfinden — das heißt, es soll erneut zu der großen innerpolitischen Kraftprobe zwischen den nach rechts neigenden Elementen und dem Block der Mitte und Linken kommen, die nach fast zweijährigen Ringen endgültig entschieden wird, ob die Verfassung und damit das künftige Staatsleben mehr nach den Wünschen und Interessen der Bauern und Arbeiter, oder des Adels und der Großagrarier orientiert sein wird. Nachdem vor kurzem, wie auch in Teilen der deutschen Presse berichtet, diese beiden Paragraphen, die die Frage der Einführung eines als Senat bezeichneten Oberhauses mit sehr weitgehenden Befugnissen neben dem Sejm zum Inhalt haben, bereits zur endgültigen Abstimmung gelangt hatten und mit einer Mehrheit von sechs und schließlich von zwölf Stimmen angenommen waren, hatte sich eine derartig starke Destruktion der nur um wenige Stimmen schwächeren Minderheit gezeigt, daß man wohl oder übel die Abstimmung lassieren und die Paragraphen nochmals an die Kommission zurückerweifen mußte, um überhaupt ein Weiterarbeiten des Sejms zu ermöglichen. Die gegenwärtige Lage des Staates, die außen und innen einheitlichen Willen und geschlossene Front erfordert, hat daher auch jetzt, in letzter Stunde vor dem großen Zusammenprall, eine Anzahl Personen zu dem Vorschlage veranlaßt, die Abstimmung dieser beiden Senatparagraphen nochmals auf längere Zeit zu verschieben. Ob das geschehen wird, ist noch ungewiß. Vorläufig gibt sich der Sejmarschall der Hoffnung hin, daß die Senatsegerne, deren erneute Niederlage fast absolut sicher vorauszu liegen ist, sich angeichts der außenpolitischen Lage, insbesondere der nahe gestückten Abstimmung in Oberschlesien, dem Mehrheitsbeschluß fügen und es nicht zur Sprengung des Sejms kommen lassen werden.

Behalt der Sejmarschall mit seinem Optimismus recht, so ist mit der Annahme dieser Paragraphen im wesentlichen das polnische Verfassungswerk zum Abschluß gebracht, da inzwischen fast alle übrigen Paragraphen des am 12. Juni dieses Jahres von der Verfassungskommission vorgelegten Entwurfs im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse angenommen worden sind. Die polnische Republik wird sodann neben dem Reichstage, der den Präsidenten wählt, einen Senat haben, dessen Befugnisse in der Ablehnung und Änderung der vom Sejm angenommenen Gesetze außerordentlich weit gehen, und dessen Mitglieder nur zum Teil vom Sejm (aber nicht aus seinen Reihen) gewählt sind, während die übrigen als Vertreter von Selbstverwaltungsgesellschaften, Hochschulen, höchsten Gerichten usw. ihm kraft ihres Amtes angehören. In etwa drei Monaten würden dann die Aufstellung des jetzigen Sejms, der seit Februar 1919 als Konstituante tagt, und die auf der Rechten wie auf der Linken mit gleich großen Hoffnungen zu erwarten sind, sicherer Mehrheit erwarteten Neuwahlen zum ersten verfassungsmäßigen Sejm bevorzugen. Das Fehlen einer klaren Mehrheit — man erinnert sich, daß ein so tief einschneidendes Grundgesetz wie die Agrarreform mit den zwei Stimmen der harten Deutschen gegen den Willen der Rechten zur Annahme gebracht wurde und daß der Paragraph 1 der Verfassung, der bereits „Senat und Sejm“ als höchste Gewalten vorsieht, mit sechs Stimmen der pommerellischen (westpreussischen) Deutschen angenommen wurde — ist das Charakteristikum der polnischen Konstituante seit ihrem Zusammentritt: es ist auch der tiefere Grund dafür, daß es dem polnischen Staate in reichlich zwei Jahren nicht gelungen ist, zu einer tatsächlichen inneren Konsolidierung zu gelangen. Jedes Kabinetts, das in Polen regierte, mochte es anfangs aus Furcht oder später aus Parlamentarierem zusammengeleitet sein, war ständig abhängig von der Gesundheit eines halben Dutzends Abgeordneter. Fehlen diese einmal bei einem plötzlichen eingebrachten wichtigeren Antrage auf der Regierungseite, so wurde die Stellung des Kabinetts erschüttert; Ministerwechsel und Krisen sind daher zeitweise beinahe dauernder Zustand in Polen gewesen.

Daß die Arbeit der Konstituante und der Regierung unter diesen Umständen nicht völlig fruchtlos gewesen ist, daß doch eine ganze Reihe brennender Augenblicksfragen gesetzmäßige Lösung finden konnte und die Staatsmaschine damit vor dem Chaos bewahrt wurde, daß der Sejm nicht ebenso „dauerhaft“ und gleichzeitig ebenso ergebnislos war wie mancher „polnische Reichstag“ der Geschichte, ist dem zweiten Charakteristikum dieser Konstituante zu verdanken, das folgendermaßen lautet: Die Mitglieder des Sejm sind in jedem Ministerium und jedem Abgeordneten ins Herz gebrannt war und das da heißt: Kompromiß!

Als die Konstituante zusammentrat, gab es in Polen eigentlich nur zwei Parteien, alle die 25 oder 30 Gruppen, die sonst nach unter diesem Namen legelten, verdienten ihn nicht, sondern waren Gruppen und Gruppen, die sich um einzelne, nicht immer für ihr selbst gewähltes Amt qualifizierte Führer scharten. Organisiert, aber eine Presse verfassend, und mehr als das, durch den Sejm eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programms als Partei gekennzeichnet waren allein die Nationaldemokratie und die Polnische sozialistische Partei (P. S.). Die Nationaldemokratie selbst und ebenso alle übrigen inoffiziellen Parteien des Sejms sind schon auf Grund augenscheinlich zweckmäßiger Kompromisse von vornherein als Gruppen und Block

Die deutschen Militärlisten und Nationalisten, die jeden der erscheinenden Artikel nach Gründen zu nationaler Unterstützung durchschneifeln, wird es gewiß interessieren, aus der Debatte des ihnen geistesverwandten „Times“-Korrespondenten